

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Ratsmitglieder  
liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

ich bin jetzt seit 20 Jahren Mitglied dieses Hauses und begleite heute zum 11. Mal die Verabschiedung eines Haushalts mit einer Rede aus der Sicht von Hagen Aktiv. Wie gewohnt ist unsere Fraktion auch im 20sten Jahr ihrer Ratszugehörigkeit bemüht, Politik von unten nach oben zu machen und wendet sich bei stadtweit wichtigen Entscheidungen, wie dem anstehenden Doppelhaushalt, vor ihrer Entscheidung auch an ihre Basis und darüber hinaus nach Kräften auch an die betroffenen Bürgerinnen und Bürger.

Alle 11 Haushaltspläne - im Zuge des Stärkungspaktes waren es seit 2012 Doppelhaushalte – trugen bzw. tragen die Handschrift von Christoph Gerbersmann. Den ausgeprägten Sachverstand unseres Kämmerers habe ich über die vielen Jahre meiner Ratszugehörigkeit hinweg zunehmend zu schätzen gelernt. Leider wird er die Hagener Bühne schon bald verlassen, so dass heute sein letzter Plan verabschiedet wird. Für seinen weiteren Weg beim Ruhrverband wünsche ich ihm, auch im Namen von Hagen Aktiv, viel Erfolg und alles Gute.

Meinen Kommentar zum anstehenden Doppelhaushalt möchte ich mit einem zusammenfassenden Rückblick auf die letzten 20 Jahre beginnen. Hier kann ich aus der Sicht von Hagen Aktiv vor allem feststellen, dass die Probleme, die uns heute maßgeblich beschäftigen, auch schon damals akut waren.

Sei es:

- die zunehmende Vermüllung von Stadt- und Freilandflächen,
- die Belastung der Stadtluft mit Schadstoffemissionen,
- die zunächst überplanmäßige, jetzt aber unzureichende Ausstattung mit Schulen,
- die fehlenden Kitas,
- die unterbesetzte und deswegen wohl eher etwas zähe Wirtschaftsförderung,
- die zunehmend maroden Straßen und Brücken,
- die fehlenden bzw. zugeparkten Bürgersteige und Radwege,
- der immanente Parkdruck in den Wohnvierteln,
- die unzureichende ÖPNV-Versorgung
- oder aus dem Ruder laufende „Leuchtturmprojekte“.

Und das alles seit 2004 auch immer wieder vor dem Hintergrund einer hohen und steigenden Schuldenlast!

So kann mich noch gut daran erinnern, wie Hagen Aktiv die Menschen in der Fußgängerzone danach gefragt hat, ob sich die Stadt bei einer Schuldenlast von 300 Millionen EURO den Neubau und den ständigen Betrieb eines Schumachermuseums leisten könne. Dazu hatten wir Anfang 2004 ein entsprechendes Transparent angefertigt. Abgesehen davon, dass das Schumachermuseum die Stadtfinanzen auch heute noch in beachtlichem Maße belastet, klingt es rückblickend doch etwas erstaunlich, wenn wir auf die Gesamtschulden von damals schauen – „nur rund 300 Millionen EURO“!

Bei Eröffnung des Museums im August 2009 waren daraus dann allerdings schon über 900 Millionen EURO geworden. Das lag sicher nicht allein am Projekt Schumachermuseum mit seinen 26 Millionen EURO Erstellungskosten und auch nicht an den zwischenzeitlich verzeigten Zinswetten mit der Deutschen Bank, mit einem Verlust in Höhe von über 40 Millionen EURO.

Das Schuldenproblem wurde auch im folgenden Jahrzehnt nicht geringer, auch wenn es gemeinsam mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen gelang, das Anwachsen des Hagerer Schuldenbergs bei etwa 1 Milliarde EURO aufzuhalten. Über die Sparbemühungen von Kämmerer und Rat sowie die Unterstützung durch den Stärkungspakt hinaus mag jedoch auch eine besondere Situation im Bereich der Kredite eine hilfreiche Rolle gespielt haben. Und zwar Negativzinsen. Die Einlagefazilität der EZB rutschte nämlich von Juni 2014 bis Juli 2023 in den Minusbereich. Ergo: Wer da Geld brauchte und auch auslieh, bekam dafür Geld statt dafür zu bezahlen.

Die genauen Zusammenhänge zu dieser Entwicklung hat der Kämmerer im Übrigen in einem Interview mit der Westfalenpost am 19. Januar dieses Jahres erläutert, wo er auf die Entwicklung der Hagerer Schulden im Zeitraum seiner Amtszeit von 2005 bis 2024 zurückblickte.

Festzuhalten bleibt für mich an dieser Stelle jedoch das, was ich auch schon einleitend gesagt hatte: Die letzten 20 Jahre im Rat waren von immer gleichbleibenden Problemen im operativen Bereich, durch hohe Schulden und durch schmerzhaftes Konsolidieren geprägt. Darunter war z. B. auch

- die schrittweise Erhöhung des Grundsteuer B-Hebesatzes von 495 Punkten im Jahr 2010 auf 750 Punkte seit dem Jahr 2014
- und die schrittweise Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes von 465 auf 520 Punkte im gleichen Zeitraum.

Das legt zunächst den Schluss nahe, dass das auch 2024 und 2025 so weiter gehen könnte. Allerdings sind in den Augen von Hagen Aktiv die Möglichkeiten für Konsolidierungsmaßnahmen längst ausgereizt, wenn nicht gar schon überzogen. Jedenfalls sind die vielen Sparmaßnahmen des letzten Jahrzehnts an unserer Stadt ganz offensichtlich nicht spurlos vorüber gegangen. Da braucht man sich nur den Zustand unserer Verkehrswege und die Leerstände in der City anzuschauen.

Bei den Bürgerinnen und Bürgern aber auch bei den Gewerbetreibenden ist in den Augen von Hagen Aktiv auch nichts mehr zu holen. Dies schon gar nicht, weil in den letzten Jahren die Verbraucherpreise, insbesondere die Aufwendungen für Energie, stark gestiegen sind. Stichwort Inflation.

Was aber kann noch getan werden, um die Situation Hagens in absehbarer Zukunft wieder zu verbessern? Jetzt unreflektiert einfach weiter zu sparen hieße gleichzeitig wohl kaputtzusparen.

Also muss von irgendeiner Seite zusätzliches Geld in die Stadtkasse kommen. Das ginge zunächst einmal durch die Aufnahme weiterer Kredite. Diese sind mittlerweile aber wieder nur zu erheblichen Zinssätzen zu bekommen. Zusammen mit den Zinsen für die hohen Altschulden wächst dann der Schuldenberg überproportional an. Langfristig gesehen wäre dies also ein Irrweg, zumindest aber ein sehr risikobehafteter Weg.

Wirkliche Hilfe kann in den Augen von Hagen Aktiv deswegen nur von außen, das heißt vom Land oder vom Bund kommen. Der Klotz am Bein der Stadt besteht ganz überwiegend aus den Altschulden. Diese würden bei weiter steigenden Zinsen jeden Konsolidierungsversuch zunichtemachen und jeden aufkeimenden Aufwärtstrend verhindern.

Woher stammen aber diese enormen Altschulden? Hier verweist der Kämmerer im oben erwähnten Interview mit der Westfalenpost auf kostspielige Verpflichtungen, die von Bund und Land an die Kommunen übertragen, aber nicht zur Gänze beglichen wurden bzw. werden, wie es das Konnexitätsgesetz eigentlich verlangt. Als Paradebeispiel ist hier die Einführung des Rechts auf einen Kitaplatz zu nennen, der laut Bundesgesetz von der Kommune bereitgestellt werden muss, von Bund und Land schlussendlich aber nur zum Teil bezahlt wird.

Während die Kosten für solche Aufgaben in Hagen in der Vergangenheit durch mutiges Sparen an anderen Stellen schließlich bei etwa einer Milliarde EURO aufgehalten werden konnten, wird durch neuerliche Belastungen dieser Art und den wieder steigenden Zinsen der einst mühsam eingezogene Damm unweigerlich brechen.

Eine wesentliche zusätzliche Belastung ist hier sicherlich die wachsende Aufgabe, geflüchtete Menschen menschenwürdig unterzubringen und zu versorgen. Überflüssig zu erwähnen, dass die Mittel, die von Land oder Bund mitgereicht werden, dazu vorne und hinten nicht ausreichen. Ein Ende dieser Situation ist bei den aktuellen Krisenherden der Welt aber auch nicht in Sicht, eher ein weiteres Anwachsen.

Während die Flüchtlingssituation alle Kommunen in NRW in etwa in gleichem Maße trifft, weil die Zuweisung nach einem festen Schlüssel geschieht, hat insbesondere Hagen eine besondere zusätzliche Aufgabe zu bewältigen. Diese entsteht durch die besonders hohe Zahl von zuwandernden Menschen aus der Europäischen Union und hier im Wesentlichen aus Staaten Südosteuropas. Dieser Zustrom stellt die Infrastruktur der Stadt nicht nur mit Blick auf die Versorgung der angehörigen Kinder mit Kitas, Schulen und spezifischer Sprachförderung vor eine fast unlösbare Aufgabe. Überdies wird die Unterstützung der Stadt aus dem neuerlichen „Stärkungspakt NRW – gemeinsam gegen Armut“ bald wegfallen. Deswegen scheint es uns umso wichtiger, dass wir in Hagen aufgrund unserer besonderen Situation unbedingt auch eine besondere Hilfe von Land oder Bund einfordern.

Diese könnte zum einen darin bestehen, dass bei der Zuweisung von geflüchteten Menschen für die Stadt Hagen ein modifizierter Verteilschlüssel angewandt wird, der den Zustrom aus Südosteuropa flexibel mitberücksichtigt.

Zum anderen wäre eine finanzielle Unterstützung denkbar, die sich auf die jetzt wieder anwachsenden Zinsen für die Altschulden bezieht. Unser Vorschlag wäre, dass das Land NRW das jährliche Zinsaufkommen übernimmt. Eine derartige Unterstützung beliefe sich in Hagen – überschlägig gerechnet – schon bald auf jährlich etwa 30 Millionen EURO. Tendenz steigend.

Jedenfalls - da ist sich Hagen Aktiv sicher - braucht die Stadt dringend Unterstützung von außen, um wieder auf die Beine zu kommen. Erst dann kann sich Hagen vielleicht auch wieder selbst weiterhelfen.

Ich weiß, Hagen Aktiv ist als Wählergemeinschaft ohne Partei-Überbau. Wir haben also keine direkten Kontakte zu den Verantwortlichen im Landtag oder im Bundestag. Deswegen sind wir darauf angewiesen, dass wir die in Hagen agierenden Parteien für unsere Ideen gewinnen. Zumindest könnte ich mir vorstellen, dass wir gemeinsam mit einer entsprechenden Resolution des Rates an den Landtag herantreten.

Meine Damen und Herren, die Fraktion Hagen Aktiv wird dem vorliegenden Haushalt

zustimmen, nicht zuletzt deswegen, weil es wiederum gelungen ist, Steuererhöhungen abzuwehren.

Ja! Vor dem Hintergrund der eskalierenden Haushaltssituation aber auch vor dem Hintergrund der vielen Krisen in der Welt wird die kommende Zeit sicher beschwerlich werden. Bleiben wir aber trotz allem zuversichtlich und gehen wir's an - wie geplant.

Zum guten Schluss warten ja auch noch eine Reihe aufwändig erarbeiteter und zukunftsweisender Konzepte der Stadtentwicklung auf ihre weitere Realisierung. Es wäre schade, wenn all' die guten Ideen, die hier erarbeitet worden sind, irgendeiner Konsolidierung zum Opfer fallen würden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!